



## ***K u r z b e r i c h t***

*über die*

### *88. Sitzung des **Innen- und Rechtsausschusses***

*am Mittwoch, dem 21. Januar 2009,  
im Sitzungszimmer 142 des Landtages*

Beginn: 14:05 Uhr

Der Ausschuss hörte die **Bewerberin für die Besetzung der Stelle der Präsidentin des Landesarbeitsgerichts bei dem Landesarbeitsgericht in Kiel**, Umdruck 16/3822, an und beriet in nicht öffentlicher Sitzung über seinen Wahlvorschlag gegenüber dem Landtag. Einstimmig unterbreitete er dem Landtag den Wahlvorschlag zu beschließen, dass Birgit Willikonsky zur Präsidentin des Landesarbeitsgerichts bei dem Landesarbeitsgericht in Kiel gewählt wird.

Nach einer kurzen Diskussion kam der Ausschuss außerdem einstimmig überein, im Hinblick auf die geplante Durchführung der ersten und zweiten Lesung zum Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und SPD zur **Änderung des Kindertagesstättengesetzes**, Drucksache 16/2430, in der Januar-Tagung des Landtages schon im Vorwege eine schriftliche Anhörung der Kommunalen Landesverbände und des Landesverbandes der Elternvertretungen der Kindertagesstätten durchzuführen. Er beschloss außerdem, zur Beratung des Gesetzentwurfs eine zusätzliche Sitzung in der Mittagspause des Landtages am 28. Januar 2009 durchzuführen.

Weiter schloss er seine Beratungen zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, **Illegaler Datenhandel**, Drucksache 16/2224, ab. Einstimmig empfahl er dem Landtag die Annahme des Antrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 16/2224, in der durch Umdruck 16/3874 geänderten Fassung.

Er setzte außerdem seine Beratungen zum Thema **Google Street View** fort. Nach einer ausführlichen Diskussion im Zusammenhang mit den vorgelegten Gutachten des ULD, des Wissenschaftlichen Dienstes des Landtages und Stellungnahmen von Google Inc. kam er

überein, seine Beratungen in diesem Zusammenhang zum jetzigen Zeitpunkt abzuschließen.

Nach einer kurzen Aussprache sprach der Ausschuss außerdem einstimmig mit Zustimmung des Antragstellers die Empfehlung an den Landtag aus, den Antrag der Fraktion der FDP, **Alimentation kinderreicher Beamter**, Drucksache 16/2069 - Absatz 1 und 2 -, für erledigt zu erklären.

Ebenfalls einstimmig empfahl er dem Landtag zu beschließen, dass der Schleswig-Holsteinische Landtag in dem Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht betreffend **Verfassungsbeschwerde gegen Vorschriften des Bayerischen Verfassungsschutzgesetzes sowie gegen Vorschriften des Gesetzes über die Aufgaben und Befugnisse der Bayerischen Staatlichen Polizei**, Umdruck 16/3820, keine Stellungnahme abgibt.

Schluss: 15:15 Uhr

gez. Dörte Schönfelder